

Terminvorschau

vom 12. bis 17. November 1979

Montag, 12. 11.

Vorstandssitzung der SPD

**Arbeitsgruppe „Staatsbad Oeynhau-
sen“ des Ausschusses für Arbeit, Ge-
sundheit und Soziales**

Wirtschaftliche Situation des Staats-
bades

Dienstag, 13. 11.

**Fraktionssitzungen der CDU, der SPD
und der F.D.P.**

**Arbeitsgruppe „Denkmalschutz“ der
Ausschüsse Schule und Kultur, Kom-
munalpolitik, Wohnungs- und Städte-
bau und für Landesplanung und Ver-
waltungsreform**

Denkmalschutzgesetz

**Ausschuß für Jugend, Familie und po-
litische Bildung**

(öffentliche Sitzung: Beginn: 14.00
Uhr, Plenarsaal)

Jugendbildungsgesetz

**Ausschuß für Ernährung, Land-,
Forst- und Wasserwirtschaft**

Haushaltsgesetz 1980

Petitionsausschuß

Petitionen

Mittwoch, 14. 11.

**Ausschuß für Landesplanung und
Verwaltungsreform**

Haushaltsgesetz 1980

Arbeitsgerichtsgesetz

Gesetz über den Ausbau für Land-
straßen

Wirtschaftsausschuß

Haushaltsgesetz 1980

Mittelstandsförderungsgesetz

Ausschuß für Schule und Kultur

Weiterbildungsgesetz

Haushaltsgesetz 1980

Justizausschuß

Strafvollzug

Haushaltsgesetz 1980

**Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und
Soziales**

Bundessozialhilfegesetz

**Ausschuß für Kommunalpolitik, Woh-
nungs- und Städtebau**

Weiterbildungsgesetz

Jugendbildungsgesetz

Entschädigung . . .

Fortsetzung von Seite 10

■ Entschädigungsregelungen in Vor-
schriften außerhalb der Entschädigungs-
verordnung sind den Vorschriften über
die Entschädigung sachkundiger Bürger
in den Ausschüssen anzupassen, um glei-
che Regelungen für vergleichbare Tatbe-
stände zu schaffen. So enthält beispiels-
weise das Gesetz über die Entschädigung
der ehrenamtlichen Mitglieder von Aus-
schüssen niedrigere Sätze als die Ent-
schädigungsverordnung, obgleich ein
Grund für die unterschiedliche Behand-
lung nicht ersichtlich ist.

■ Die im Zusammenhang mit Zusatzver-
sicherungen für Mandatsträger, insbe-
sondere hinsichtlich der Unfallversiche-
rung aufgetretene Problematik der recht-
lichen Zulässigkeit ist auszuräumen.

Porträt der Woche



Karl Grüter (CDU)

Wenn Karl Grüter mit Ablauf dieser Le-
gislaturperiode im Mai nächsten Jahres
aus dem nordrhein-westfälischen Land-
tag ausscheiden wird, dürfte ihm der
Abschied von Düsseldorf leichter als
vielen seiner ebenfalls nicht mehr kandi-
dierenden Parlamentskollegen fallen.
Der CDU-Abgeordnete aus dem mün-
sterländischen Kreis Steinfurt kehrt
nämlich wieder in einen Bereich der
Politik zurück, in dem er die ersten
vielbeachteten Erfolge erzielte und der
ihn auch während seines zweijährigen
Landtagsmandates nicht losließ – in die
Kommunalpolitik.

Seine Parteifreunde in Hörstel hatten
den engagierten Gewerkschaftssekretär
beim DGB gebeten, Bürgermeister des
aufstrebenden Städtchens im Tecklen-
burger Land zu werden, nachdem er
bereits seit 1975 das Vizeamt innehat.
„Diese Aufgabe reizte mich mehr als
eine erneute Kandidatur für den Land-
tag“, räumt Grüter freimütig ein. Und
beide Mandate wollte der 59jährige
CDU-Politiker nicht übernehmen. „Ir-
gendwann muß es einmal aufhören, da
muß das Familienleben wieder zum
Zuge kommen.“ Zudem ließen auch ge-
sundheitliche Gründe eine Doppelbelas-
tung nicht mehr zu.

Der gebürtige Münsterländer gibt der
Kommunalpolitik vor allem deswegen
den Vorzug, „weil man in ländlichen
Gemeinden tagtäglich miterleben kann,
wie dem einzelnen zu helfen ist“. Als
damaliger Spitzenkandidat einer Unab-
hängigen Wählergemeinschaft hatte
Grüter 1961 in der inzwischen durch die
Kommunalreform aufgelösten Gemein-
de Riesenbeck auf Anhieb fünfzig Pro-
zent der Stimmen erhalten und war zum
Bürgermeister gewählt worden. Erst drei
Jahre später stieß der „Unabhängige“
zur CDU und sicherte seiner Partei in
allen folgenden Kommunalwahlen die
absolute Mehrheit.

Der Landtagsabgeordnete, der sein poli-
tisches Wirken als ein „Hobby“ sieht
und sich daher auch die Unabhängigkeit
gegenüber parteipolitischen Strömun-
gen stets bewahrt hat, meint rückblick-
end, daß die Gebietsreform „nicht das
gebracht hat, was einige von uns erhofft
haben“. Man habe das „vielgepriesene
Jahrhundertwerk“ oft nicht mit, sondern
gegen den Bürger geschaffen. Voraus-
setzung für das Engagement des Bür-
gers sei aber, daß er seine Kommune
auch als „seine Stadt und nicht als die
Stadt“ empfinde.

Und wie viele andere Kommunalpolitiker
sorgt sich der Praktiker über die immer
größere Reglementierung der gemein-
lichen Selbstverwaltung. Der Freiheits-
spielraum werde durch ständig neue
Gesetze, Erlasse und Verordnungen
eingeengt. Wenn der Bürger gegen
diese Paragraphenflut verstößt, gehört
Grüter zu jenen, die ihm helfen, mög-
lichst ungeschoren aus der Gesetzes-
maschinerie wieder herauszukommen.
Dabei dürfte auch sein stark ausgepräg-
tes soziales Empfinden eine Rolle spie-
len. Als Gewerkschaftler der „ersten
Nachkriegsstunde“ und gelernter Ma-
schinenschlosser fühlt sich Grüter vor
allem der Arbeiterschaft verbunden. Und
um die Antwort auf die häufig gestellte
Frage, warum er als Gewerkschaftler
der CDU angehöre, braucht der Mün-
sterländer nicht lange zu ringen: „Weil
ausschließlich sie nach dem Krieg das
soziale Fundament für die Arbeitnehmer
gelegt hat.“

Sein Wirken für die Mitbürger umfaßt
noch weitere Bereiche: so als Arbeits-
richter am Arbeitsgericht Rheine und als
Vorstandsvorsitzender der AOK für das
Tecklenburger Land. Der Industrielle
Henry Ford meinte einmal: „Die meisten
Menschen wenden mehr Zeit und Kraft
daran, um über die Probleme herumzu-
reden, als sie anzupacken.“ Karl Grüter
zählt nicht zu ihnen.

Wenn er seine parlamentarische Tätig-
keit in Düsseldorf aufgegeben hat, will er
sich langgehegte Wünsche erfüllen. So
möchte der passionierte Wanderer die
deutschen Lande ebenso durchstreifen
wie die französische Provence. Wün-
sche, auf deren Erfüllung die meisten
unter uns nicht so lange zu warten
brauchen.

Jochen Juretko